

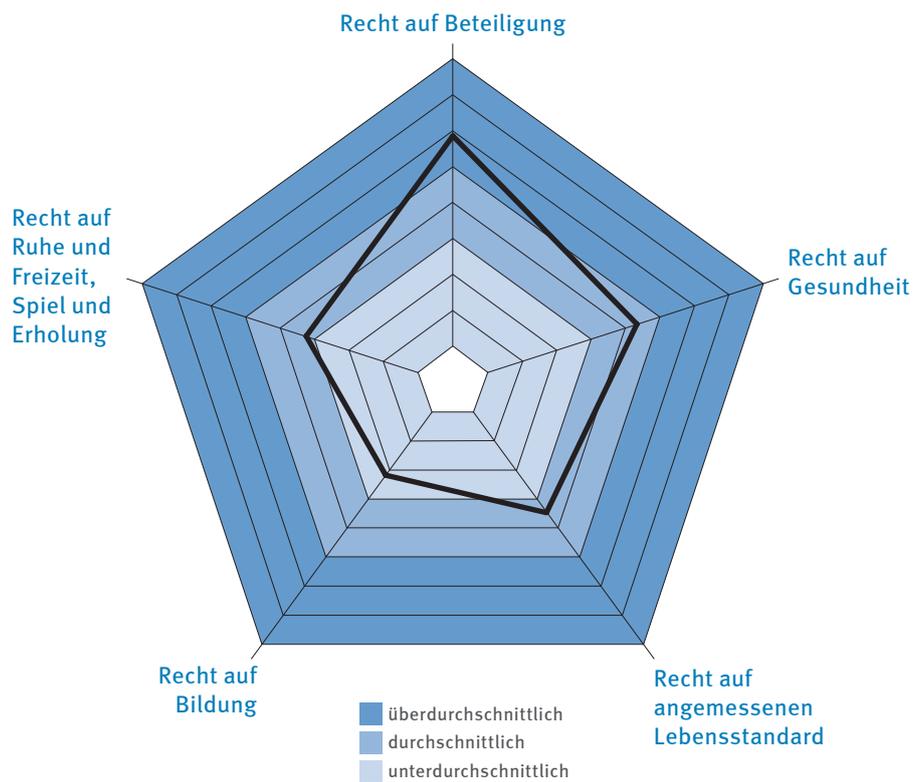
Baden-Württemberg

Dieser Ländersteckbrief für Baden-Württemberg ist Bestandteil der Pilotstudie „Kinderrechte-Index“. Auf den folgenden Seiten sind **Beispiele für gute Umsetzung** der Kinderrechte, aber auch die **kinderrechtlichen Entwicklungsbedarfe** zusammengefasst. Vereinzelt werden auch Beispiele guter Praxis ausführlicher dargestellt. Alle Ergebnisse basieren auf **Kinderrechte-Indikatoren**, die im zweiten Kapitel der Pilotstudie ausführlich dargestellt sind. Die Seitenangaben unter den einzelnen Ergebnissen im Ländersteckbrief verweisen auf die jeweilige Fundstelle.

1.868.242

In Baden-Württemberg leben 1.868.242 Kinder, das sind 17 Prozent der Gesamtbevölkerung des Bundeslandes (Stand: 31.12.2018).

Ergebnisse von Baden-Württemberg im Überblick



Recht auf Beteiligung

Gute Umsetzung

Kinder dürfen ab 16 Jahren an der Kommunalwahl teilnehmen.

„Altersgrenze für aktives Wahlrecht bei Kommunalwahlen“, Seite 25-26

Die Etablierung von Beteiligungsstrukturen auf kommunaler Ebene ist in § 41a Abs. 1 der Gemeindeordnung verankert. Demnach sollen Kinder und müssen Jugendliche in der Gemeinde bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligt werden. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln.

„Verankerung in der Gemeindeordnung“, Seite 25-26

Im Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) für Baden-Württemberg wird der Beteiligung von Kindern in der Jugendhilfe mit §§ 9 und 12 eine große Bedeutung zugeschrieben.

„Verankerung im SGB VIII-Ausführungsgesetz“, Seite 27

Die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung Baden-Württemberg unterstützt Beteiligungsprozesse auf kommunaler Ebene.

„Fach- und Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landesebene“, Seite 21-22

Es gibt alle zwei Jahre einen zweitägigen Jugendlandtag für 120–150 Kinder.

„Regelmäßiger Jugendlandtag auf Landesebene“, Seite 22-23

Kinder und Eltern sehen die Mitbestimmung auf politischen Ebenen im Ländervergleich am zweitpositivsten (2018). Allerdings bewegt sich diese insgesamt auf sehr geringem Niveau.

„Wahrgenommene Mitbestimmung von Kindern auf politischen Ebenen bei Kindern und Eltern“, Seite 29-30

Beispiel guter Praxis: In Baden-Württemberg soll ein landesweites, unabhängiges Ombudssystem entstehen. Dies soll aus vorher gesammelten Best-Practice-Erfahrungen herausgebildet werden und eine Beratungsstelle für Kinder und ihre Familien darstellen, um Unterstützungsangebote für diese zu schaffen. Die ombudschaftliche Beratung soll im Land flächendeckend verankert und bereits existierende Ombudsstellen sollen weiterentwickelt und gefördert werden.

Ausführlich auf Seite 38 oder unter <https://ombudschaft-jugendhilfe-bw.de/> (letzter Zugriff am 10.10.2019)

Entwicklungsbedarfe

Es gibt kein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren bei Landtagswahlen.

„Altersgrenze für aktives Wahlrecht bei Landtagswahlen“, Seite 25-26

In Kindschafts-, Abstammungs- und Adoptionssachen, also Verfahren, die die Rechtsstellung des Kindes betreffen, wurde in 29,4 Prozent der Fälle ein Verfahrensbeistand zur Vertretung der Interessen des Kindes bestellt (2017). Im Ländervergleich ist dies der drittniedrigste Wert.

„Quote der Bestellung von Verfahrensbeiständen in Kindschafts-, Abstammungs- und Adoptionssachen nach § 158 FamFG“, Seite 36-37

Recht auf Gesundheit

Gute Umsetzung

Relativ betrachtet verunglückten 221 Kinder je 100.000 Einwohner/innen (2017). Das ist der niedrigste Wert im Ländervergleich.

„Kinderunfälle im Straßenverkehr“, Seite 54-55

Kinder im Alter von fünf bis sechs Jahren und von elf bis zwölf Jahren weisen im Ländervergleich eher geringe sozioemotionale Probleme auf (Mittelwert 2014–2016).¹²¹

„Sozioemotionales Verhalten Elf- bis Zwölfjähriger“ und „Sozioemotionales Verhalten Fünf- bis Sechsjähriger“, Seite 53-54

Entwicklungsbedarfe

(Minderjährige) Asylbewerber/innen bekommen innerhalb der ersten 15 Monate keine elektronische Gesundheitskarte, sodass sie erschwerte Zugangsvoraussetzungen zu Gesundheitsdiensten haben.

„Gesundheitskarte für Asylbewerber/innen“, Seite 46-48

Eltern finden Angebote und Informationen zu Gesundheitsthemen in der Schule vergleichsweise weniger ausreichend abgedeckt (2018). Das Bundesland hat den drittniedrigsten Wert im Ländervergleich.

„Elterneinschätzung zu ausreichenden Angeboten und Informationen zu gesundheitlichen Themen in der Schule“, Seite 59-60

Recht auf angemessenen Lebensstandard

Gute Umsetzung

Im Koalitionsvertrag (2016–2021) zwischen Bündnis 90/Die Grünen und CDU ist die Beseitigung von Kinderarmut als Schwerpunkt festgelegt. Als Maßnahmen wurden beispielsweise Präventionsketten gegen Kinderarmut und eine Stärkung der frühen Hilfen und der Ausbau von Angeboten der Eltern- und Familienbildung als zentrale Bausteine genannt.

„Politische Priorität von Kinderarmut“, Seite 68-70

In § 94 des Schulgesetzes für Baden-Württemberg ist eine Lernmittelfreiheit verankert, d. h. alle Schüler/innen können beispielsweise Schulbücher kostenlos leihen.

„Regelungen zur Lernmittelfreiheit“, Seite 80-81

Die Armutsgefährdungsquote von Kindern liegt bei 19 Prozent (2018). Die Armutsgefährdungsquote der Gesamtbevölkerung ist mit 15,2 Prozent etwas geringer (2018). Die Relation der beiden Quoten liegt bei 1,25 zu 1. Das ist, mit Sachsen, der zweitniedrigste Wert im Ländervergleich.

„Relation Armutsgefährdungsquote von Kindern zur Gesamtbevölkerung“, Seite 74-75

Beispiel guter Praxis: Die Stadt Heidelberg stellt für sozial schwache Bürger/innen den Heidelberg-Pass bzw. den Heidelberg-Pass+ aus. Der Heidelberg-Pass richtet sich an alle Bezieher/innen von Sozialleistungen; der Heidelberg-Pass+ ist für alle Familien, Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden, die trotz eines geringen Einkommens keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Der Pass bietet Beitragsfreiheit und kostenloses bzw. vergünstigtes Mittagessen in Kitas und Schulen, Ermäßigungen für Kultur-, Freizeit- und Bildungsangebote inkl. Vereinsmitgliedschaften und Ferienbetreuung sowie Zuschüsse für Tickets des ÖPNV.

Ausführlich auf Seite 86 oder unter: https://www.heidelberg.de/hd/HD/Rathaus/Heidelberg_Pass.html (letzter Zugriff am 10.10.2019)

Entwicklungsbedarfe

Es werden keine direkten Landeszuschüsse für Familienerholungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

„Ferienförderung für einkommensarme Familien“, Seite 82-84

Im Durchschnitt sind Eltern verschiedene Förderangebote an der Schule im Ländervergleich am wenigsten bekannt (2018).

„Bestand verschiedener Förderangebote an der Schule nach Elternangaben“, Seite 81-83

Recht auf Bildung

Gute Umsetzung

Im „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in baden-württembergischen Kindergärten und weiteren Kindertageseinrichtungen“ ist explizit festgelegt, dass die Kinderrechte eine handlungsanleitende Bedeutung für pädagogische Fachkräfte haben. So sollen Kinder ihre Rechte von Anfang an kennenlernen und im Alltag ihrer Einrichtung erleben.

„Kinderrechte in Bildungs- und Rahmenplänen für Kitas“, Seite 112-113

Der Personalschlüssel in Kita-Gruppen von null bis acht Jahren liegt bei 4,0 Kindern pro Fachkraft (2018). Das ist für Gruppen mit der Altersspanne der drittbeste Wert im Ländervergleich.

„Personalschlüssel für Kita-Gruppen mit Kindern von null bis acht Jahren“, Seite 101-102

In der Wahrnehmung von Schülerinnen und Schülern haben verschiedene Themen der Medienbildung im Unterricht überwiegend schon einmal eine Rolle gespielt (2018). Baden-Württemberg hat den viertbesten Wert im Ländervergleich.

„Wahrgenommene Medienbildung in der Schule bei Schülerinnen und Schülern“, Seite 116-120

Entwicklungsbedarfe

Die Schulpflicht für asylsuchende Kinder beginnt erst nach sechs Monaten (§ 72 Abs. 1 S. 3 SchulG), was gegen kinderrechtliche und europarechtliche Vorgaben verstößt.

„Beginn der Schulpflicht für asylsuchende Kinder“, Seite 94-97

Der Anteil der Ausgaben für Kindertagesbetreuung liegt bei 0,65 Prozent gemessen an der eigenen Wirtschaftsleistung (2017). Dies ist im Ländervergleich der zweitniedrigste Wert.

„Bildungsbudget für Kindertagesbetreuung“, Seite 97-98

85,3 Prozent des Personals in Kitas hat eine einschlägige Berufsqualifikation abgeschlossen (2018). Im Ländervergleich ist dies der drittniedrigste Wert.

„Anteil qualifiziertes Personal in Kitas“, Seite 104-105

Der Anteil der Schüler/innen, die separiert an der Förderschule und nicht an der Regelschule unterrichtet werden, liegt bei 4,5 Prozent (Schuljahr 2017/18). Das ist der vierthöchste Wert im Ländervergleich.

„Exklusionsquote Schule“, Seite 93-94

Die Relation der Abiturquoten deutscher und ausländischer Schüler/innen ist mit 2,79 zu 1 die vierthöchste im Ländervergleich (2017). Die Wahrscheinlichkeit, dass ein ausländisches Kind die allgemeine Hochschulreife erreicht, ist somit deutlich geringer als für ein Kind mit deutscher Staatsbürgerschaft.

„Relation Abiturquoten (Erreichen der allgemeinen Hochschulreife) deutscher und ausländischer Schüler/innen“, Seite 107-109

Kinder im Alter von fünf bis sechs Jahren weisen ein vergleichsweise eher niedrigeres prosoziales Verhalten auf (Mittelwert 2014–2016). Das Bundesland liegt in der Gruppe der unterdurchschnittlichen Bundesländer.

„Prosoziales Verhalten Fünf- bis Sechsjähriger“, Seite 121-122

Recht auf Ruhe und Freizeit, Spiel und Erholung

Gute Umsetzung

Eltern bewerten das Angebot von Spielplätzen in ihrer Umgebung positiv (2018). Baden-Württemberg hat den zweitbesten Wert im Ländervergleich.

„Elternbewertung des Spielplatzangebotes in der näheren Umgebung“, Seite 133-134

Bei der Elternbewertung von verschiedenen Freizeitororten und -angeboten in der direkten Umgebung schneidet das Bundesland am besten ab (2018).

„Elternbewertung der Freizeitororte und -angebote in der direkten Umgebung“, Seite 137-139

Beispiel guter Praxis: Die Naturschutzstrategie Baden-Württemberg hat den Schwerpunkt, das Konzept der Naturerfahrungsräume (NER) in Baden-Württemberg weiterzuentwickeln und umzusetzen. Mit einem Wettbewerb für Kommunen und einer Fachtagung, die sich an Städte und Gemeinden, Planerinnen und Planer, die Naturschutzverwaltung und Verbände richtet, soll die Idee der NER vorgestellt und deren Einrichtung gefördert werden. Bei geeigneter Gestaltung können NER nicht nur Kindern als Spielraum dienen, sondern auch der Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft.

Ausführlich auf Seite 131 oder unter: <https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/natur-und-landschaft/naturerfahrungsraeume-fuer-die-gemeinden-in-baden-wuerttemberg> (letzter Zugriff am 10.10.2019)

Entwicklungsbedarfe

Kinder haben in ihrer Wahrnehmung vergleichsweise wenig Zeit für Ruhe und Freizeit (2018).

Das Bundesland kommt auf den zweitniedrigsten Wert im Ländervergleich.

„Wahrgenommene Verfügbarkeit von ausreichender Zeit für Ruhe und Freizeit bei Kindern“, Seite 126-127

Der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Jugendarbeit beträgt 0,3 Prozent am Gesamthaushalt (vorl. Ist 2017). Das ist der zweitniedrigste Wert im Ländervergleich.

„Ausgaben für Jugendarbeit als Anteil am Gesamthaushalt“, Seite 135-136